CDU-Fraktion im Rat der Stadt Sankt Augustin

CDU

Ihr Gesprächspartner: Erich Wagner

Gremium:
Rat
Sitzungstermin: 19.11.2003

Verteiler: Vorsitzende(r), I, II, III, IV, BRB

Federführung:

☒ **öffentlich**
☐ **nicht öffentlich**

Rückgabetermin:
erledigt am:

☐ **Antrag**
☒ **Dringlichkeitsantrag**

Datum: 19.11.2003
Drucksachen-Nr.: 03/0407

Betreff:

Resolution des Rates der Stadt Sankt Augustin gegen die Pläne der Landesregierung zur Ersatzschulfinanzierung

Beschlussvorschlag/Fragestellung:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin lehnt die von der Landesregierung vorgesehene Kürzung der Landeszuschüsse für die Ersatzschulen ab.

Problembeschreibung/Begründung:

Artikel 8 der Landesverfassung garantiert den Ersatzschulen die zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlichen Zuschüsse. Bereits im Jahre 1983 sind die schon damals von der Landesregierung vorgesehenen Erhöhungen der Eigenleistung der Schulträger für verfassungswidrig erklärt worden. Die jetzt erneut geplanten Erhöhungen stehen also im Widerspruch zum Münsteraner Verfassungsgerichtsurteil von 1983.

Die von der Landesregierung beabsichtigte Erhöhung des Eigenanteils dieser privaten Schulträger um 25% würde Eltern und Schulträger massiv belasten und in einigen Fällen die Existenz dieser Schulen gefährden.

Dabei erfreuen sich gerade diese Privatschulen dank ihrer pädagogischen Qualität außerordentlich hoher Akzeptanz. Im Rhein-Sieg-Kreis besuchen ca. 12.000 Schülerinnen und Schüler solche Privatschulen, in der Stadt Sankt Augustin sind es einige Hundert Schülerinnen und Schüler, die die Freie Waldorfschule in Hangelar und die Privatschulen in der Nachbarschaft besuchen.

Sollten einige dieser Privatschulen die drohende finanzielle Mehrbelastung nicht tragen können und deshalb ihren Schulbetrieb einstellen müssen, sind die Kommunen und Städte, auch die Stadt Sankt Augustin, verpflichtet, diese Kinder in öffentlichen Schulen aufzunehmen und unterzubringen, was zu erheblichen Kosten für die öffentlichen Haushalte führen würde.

Deshalb und im Interesse der schulischen Vielfalt und der Wahlmöglichkeiten von Eltern und Schülern lehnt der Rat der Stadt Sankt Augustin diese geplanten Erhöhungen des Trägeranteils entschieden ab
.

Erich Wagner Willy Schröer